



Rundbrief, MdB Susanne Fersch

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende | Sprecherin für Gute Arbeit

Soziale Krise abwenden!

Im Frühjahr brach die Corona-Pandemie unvorbereitet über uns herein und erforderte einschneidende Maßnahmen – vor allem, um Leben zu retten. Dass sie im Herbst wiederkommen würde, war vorhersehbar – die Bundesregierung hat aber im Sommer wertvolle Zeit verschlafen.

Wieder wird nun in Grund- und Freiheitsrechte der Bürger*innen eingegriffen und das Parlament zum Zuschauer degradiert. Wesentliche Beschlüsse erfährt man auch als Abgeordnete aus der Presse.

Das schwächt die Demokratie, denn wer, wenn nicht das Parlament, kontrolliert die Regierung?

Debatten über die Verhältnismäßigkeit- und Wirksamkeit der Maßnahmen gehören hierher und müssen öffentlich geführt werden.

Genauso wie klare und transparente Strategien für unterschiedliche Szenarien der epidemischen Entwicklung zur Beschlussfassung vorgelegt werden müssen.

Es ist richtig, die Menschen zum Abstandhalten aufzufordern. Aber neben der Pflicht braucht es auch ein Recht dazu – in Klassenzimmern, überfüllten Bussen und Bahnen sowie am Arbeitsplatz.

Solche dringend notwendigen Maßnahmen sind aber nicht Gegenstand des 3. Bevölkerungsschutzgesetzes und deshalb hat DIE LINKE mit Nein gestimmt.





„Im ersten Halbjahr 2020 leisteten die Beschäftigten 794 Millionen Überstunden. 53% davon unbezahlt.“

Ohne Abstriche

Wer einen weiteren Beweis dafür brauchte, dass die CDU/CSU nicht christlich oder gar sozial, sondern ein parlamentarischer Steigbügelhalter von Lobbyinteressen ist, bekam ihn auf dem Silbertablett serviert.

Inmitten einer zweiten Corona-Infektionswelle blockierte die Union seit Ende Oktober das wichtige Arbeitsschutzkontrollgesetz für die Fleischwirtschaft, das Werkverträge und Leiharbeit verbieten sollte. Ziel war, Leiharbeit weiter zu ermöglichen

unter der fadenscheinigen Begründung, die Grillsaison sei ansonsten in Gefahr.

Und tatsächlich ist es ihr gelungen, ein Schlupfloch ins Gesetz zu bohren: In der Fleischverarbeitung darf nun doch, zwar eng begrenzt, weiter Leiharbeit eingesetzt werden, wenn es einen Tarifvertrag gibt.

Das Gesetz ist ein großer Schritt in die richtige Richtung, aber eine tarifliche Öffnungsklausel für prekäre Beschäftigungsmodelle lehnt DIE LINKE ab. Die Tarifpartner sollen nun das Problem lösen, wozu die GroKo sich nicht in der Lage sah. Das ist ein Armutszeugnis für die Politik und wir werden als Opposition weiter Druck machen.

Schmutzkonkurrenz auf dem Rücken der Beschäftigten muss dauerhaft unterbunden werden – und zwar in allen Branchen!

Abermillionen Stunden unbezahlter Arbeit

Es klingt paradox – obwohl die Wirtschaft und unser Privatleben den Regeln des Lockdowns unterworfen und empfindlich eingeschränkt wurden, haben sich die Überstunden kaum reduziert. Im ersten Halbjahr 2020 leisteten die Beschäftigten 794 Millionen Überstunden. Der Großteil davon (423 Millionen) wurde nicht bezahlt. Bei den bezahlten Überstunden ist ein Lockdown bedingter Einbruch erkennbar: Im Vergleich zum ersten Quartal 2020 wurden im Zeitraum von April bis Juni 20 Prozent weniger Überstunden geleistet.

Wesentlich schwächer fällt der Rückgang bei den unbezahlten Überstunden aus. Von Januar bis März 2020 leisteten Beschäftigte 218 Millionen unbezahlte Überstunden, von April bis Juni waren es 205 Millionen, das ist ein Rückgang von lediglich 6 Prozent. Aus welchen Gründen unbezahlte Überstunden ver-





„Sozial ist nicht, was Arbeit schafft, sondern was gute Arbeit schafft!“

Amazon ist kein Plus für das Allgäu!

ursacht werden, ist irrelevant. Fakt ist, dass in der Konsequenz allein die Arbeitgeber profitieren. Die Kosten hingegen müssen die Beschäftigten und die Allgemeinheit tragen. Überlange Arbeitszeiten sind ein massiver Eingriff in das Familien- und Sozialleben und schädigen die Gesundheit der Beschäftigten. Durch unbezahlte Überstunden entgehen den Sozialversicherungen Milliarden an Einnahmen und Arbeitsplätze werden vernichtet.

Die vom Europäischen Gerichtshof geforderte Arbeitszeiterfassung ist noch immer nicht umgesetzt. Besonders die Union verhindert, dass Arbeitgeber verpflichtet werden, jede geleistete Arbeitsstunde aufzuzeichnen. Es ist nicht das einzige Schutzgesetz, dass diese Koalition bereits in der Schublade versenkt hat - und das lassen wir ihnen nicht durchgehen!

Wie vor Kurzem bekannt wurde, plant Amazon, in der Nähe des Memminger Flughafens ein Verteilzentrum zu errichten. Doch nur weil ein Grundstück verwertbar wird und Arbeitsplätze geschaffen werden, bedeutet dies kein Plus für das Allgäu!

Amazon ist nicht tarifgebunden, achtet nicht auf Arbeits- und Gesundheitsschutz, ignoriert betriebliche Mitbestimmungsrechte und zahlt fast keine Gewerbesteuer. Zudem ist Amazon einer der größten Konkurrenten des Einzelhandels und macht diesen regelrecht kaputt.

Bereits im September war ich bei einer Diskussion zu Gast im KV Schwäbisch-Gmünd, wo sich die Genoss*innen ebenfalls gegen die Entstehung eines solchen Verteilzentrums aussprechen. Für uns als LINKE steht fest: Sozial ist nicht, was Arbeit schafft, sondern was gute Arbeit schafft!

Erneut als Direktkandidatin nominiert!

Der Kreisverband DIE LINKE. Allgäu hat mich am 5. Dezember erneut als Direktkandidatin zur Bundestagswahl im Wahlkreis Kaufbeuren/Ostallgäu nominiert. Ich möchte mich für 100% und das entgegengebrachte Vertrauen bedanken!

Der Wandel in der Arbeitswelt und die durch Corona verursachte Krise werden zu stärkeren sozialen Verwerfungen und Angriffen auf den Sozialstaat führen, als wir es je erlebt haben. Im Mittelpunkt wird die Frage stehen: Wer kommt für die Kosten der Krise auf? Hier hat DIE LINKE eine zentrale Verantwortung.

Mit meiner Erfahrung und meiner Leidenschaft möchte ich auch weiterhin im Bundestag für eine friedliche, gerechte und solidarische Gesellschaft streiten! Aus diesem Grund bewerbe ich mich auch erneut um einen aussichtsreichen Listenplatz.



Presseecho

Meine Reden im Bundestag

8. Oktober

Öffentlicher Dienst - Ihr seid unverzichtbar

8. Oktober

Solidarische Zuwanderung und gute Arbeit für alle

6. November

Mehr demokratische Kontrolle in der Pandemie

20. November

Abgesichert statt perkär

25. November

Ein Riss geht durch das Land

Bürgersprechstunde

Auch in Zeiten von Corona sind meine Büros und auch ich bei Fragen weiterhin für Sie erreichbar.

Die Anmeldung erfolgt über mein Wahlkreisbüro: susanne.ferschl.wk@bundestag.de



Susanne Ferschl zu Gast in der Münchner Runde

Streit um Löhne: Krankenpflegerin fühlt sich ausgenutzt

BR24, 22. Oktober 2020



Statement von Susanne Ferschl im Neuen Deutschland

Kabinett beschließt stufenweise Anhebung des Mindestlohns

Neues Deutschland, 28. Oktober 2020



Die Wochenzeitung

Gastbeitrag von Susanne Ferschl in der Freitag

Ohne Abstriche. Das Arbeitsschutzkontrollgesetz für die Fleischwirtschaft muss endlich durchgesetzt werden

Der Freitag, 17. November 2020



Statement von Susanne Ferschl bei der Tagesschau:

Opposition kritisiert Zuschauerrolle

Tagesschau.de, 6. November 2020



Statement von Susanne Ferschl in der Frankfurter Rundschau

Koalition streitet um Anhebung der Lohngrenze bei Minijobs

FR, 12. Oktober 2020



Anfrage von Susanne Ferschl in der Augsburger Allgemeinen:

Mehr als sieben Millionen Beschäftigte arbeiten sonntags

Augsburger Allgemeine, 07. Dezember 2020

Bundestagsbüro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Wahlkreisbüro Kaufbeuren
Johannes-Haag-Str. 26
87600 Kaufbeuren

Bürgerbüro Augsburg
Mauerberg 31
86152 Augsburg

susanne.ferschl@bundestag.de
Tel.: (030) 227-74247

susanne.ferschl.wk@bundestag.de
Tel.: (08341) 9618100

www.susanne-ferschl.de
Tel.: (0162) 3044373

www.susanne-ferschl.de